

Freundeskreis  
Palast der Republik  
Mitglied im  
Ostdeutschen Kuratorium von Verbänden  
Oelsnitzerstr. 9  
12627 Berlin  
Rudolf Denner, Sprecher

Deutscher Bundestag  
Petitionsausschuß  
Vorsitzende  
per Fax

Berlin, 16. Mai 2010

Bauvorhaben Humboldtforum Berlin

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

Der Freundeskreis Palast der Republik lenkt Ihre Aufmerksamkeit auf das obengenannte Bauvorhaben und die entsprechenden Beschlüsse des Deutschen Bundestages.

Der Gesamtverlauf der Diskussionen zu diesem Thema im Bundestag sind uns bekannt. Die Folge dieser Beschlüsse war die offensichtlich politisch gewollte Vernichtung des Palastes der Republik.

Damit wurde aus politisch durchsichtigen und recht fragwürdigen Gründen Eigentum der Bundesrepublik Deutschland vernichtet und der massenhafte Protest gegen den Abriss dieses Gebäudes in äußerst undemokratischer Weise missachtet. Das Ansehen der Bundesrepublik in der internationalen Öffentlichkeit und der Fachwelt wurde nachweisbar beträchtlich geschädigt.

Gleichzeitig haben Bundestag und Bundesregierung aus unserer Sicht das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland entsprechend Art 14.2 GG missachtet. Es heißt dort „**Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen**“

Der Palast der Republik wurde 1990 Eigentum der Bundesrepublik. Die Bundesregierung und Mandatsträger sogenannter Volksparteien, wie z.B. CDU/CSU und SPD haben ihn nachweislich gegen den mehrheitlichen Willen der Bevölkerung unter sinnloser Verschwendung von Steuergeldern in beachtlicher Höhe verkommen und schließlich vernichten lassen.

Ein nachweisbarer Verstoß ergibt sich auch aus dem Einigungsvertrag lt. Art 35.2. Dort wurde vereinbart: „**Die kulturelle Substanz in dem in Artikel 3 genannten Gebiet darf keinen Schaden nehmen**“

Das bedeutet, dass Bundesregierung, der Deutsche Bundestag, bestimmte Vereine und Einzelpersonen, die den Wiederaufbau eines „Schlosses“ wollten und wollen, bewusst gegen Festlegungen des Einigungsvertrages verstoßen haben.

Des Weiteren:

Nach den dem Freundeskreis vorliegenden Informationen/Einschätzungen zur künftigen Kostenentwicklung bei Bundesbauten aus dem Ministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung ist die geplante Obergrenze von 552 Mio. € unglaublich.

Diese Einschätzung besagt, dass Kostensteigerungen bis zu 100 % eintreten können. Das bedeutet, das 1 Mrd. € und mehr für dieses Projekt entstehen können.

Diese Information wurde der Öffentlichkeit seit 2008 vorenthalten.

Unglaublich ist aus unserer Sicht auch die vom sogenannten Schlossverein erfolgte Zusage der 80 Mio. € Kosten für die Fassade aus aufzubringenden Spenden.

Die Kalkulation dieser Kosten ist bekanntlich älter als ein Jahrzehnt, demzufolge veraltet und muss schon deshalb überprüft bzw. korrigiert werden. Berücksichtigt wurden weder Kostensteigerungen auf diesem Gebiet noch die Anhebung der Mehrwertsteuer um 3%, die bereits eine Erhöhung um 2,4 Mio.€ ausmachen würde.

Die Aussage des Vereins, bereits 20 Mio.€ gesammelt zu haben, ist fragwürdig, da der größte Teil dieser Summe zeitnah für Öffentlichkeitsarbeit und Vereinszwecke ausgegeben wurde und demzufolge für die Finanzierung der Schlossfassade nicht zur Verfügung steht. Zu prüfen sind weitere Aspekte, die dem Berliner Innensenator Anlass waren, entsprechende Ermittlungen gegen diesen Verein anzustellen.

Über den Ermittlungsauftrag und dessen konkrete Ergebnisse schweigen sich sowohl der Regierende Bürgermeister von Berlin als auch der Innensenator und der Petitionsausschuss des Abgeordnetenhauses von Berlin seit Jahren beharrlich aus.

Dem Freundeskreis werden trotz mehrfacher Nachfrage die entsprechenden Informationen verweigert.

Des weiteren stellen wir fest, dass sich die Situation des Bundeshaushalts seit 2002, dem Jahr der Beschlussfassung zum Humboldt - Forum im Vergleich zu heute dramatisch verändert hat.

Wer aus aktueller Sicht alle Ausgaben des Bundeshaushalts auf den Prüfstand stellen muss, ist auch verpflichtet, dieses voraussichtliche Milliarden - Prestige – Objekt einer kritischen Kontrolle zu unterwerfen.

Der Freundeskreis Palast der Republik stellt in Kenntnis o.g. Informationen fest, dass ein derartiges Vorhaben mit einer voraussichtlich nach oben ausufernden

Kostenentwicklung dem Bundeshaushalt nicht zuzumuten ist. Erst recht nicht den Steuerzahlern.

Festzustellen ist auch, dass das bisherige, für die bundesweite Öffentlichkeit recht undurchsichtige Procedere der politisch Verantwortlichen mit diesem Projekt sehr fragwürdig war und ist.

**Aus all diesen Gründen schlägt der Freundeskreis Palast der Republik dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung vor, die gefassten Beschlüsse zur Gestaltung des Berliner Schlossplatzes aufzuheben und dessen Gestaltung entsprechend den Anforderungen der Zukunft neu zu durchdenken, den realen Möglichkeiten aus Sicht des Bundeshaushalts Rechnung zu tragen und seriös zu planen.**

Pseudofassaden eines Mehrzweckgebäudes und unglaubliche Nutzungskonzepte im Zentrum Berlins sind kein Signal für die Bürger dieser Stadt und für kommende Generationen.

Wir würden uns als Freundeskreis freuen, eine konkrete Antwort bis zum 30. Juli 2010 zu erhalten.

Mit freundlichen Grüßen,  
Rudolf Denner,  
Freundeskreis Palast der Republik  
Sprecher